



11. April 2019

USA: DIE REGIERUNG MUSS DIE ILLEGALEN PUSHBACKS VON ASYLSUCHENDEN NACH MEXIKO BEENDEN

Pressemitteilung

Die US-Regierung muss ihre illegalen Pushbacks (Menschen, die es geschafft haben, die Grenze zu überwinden, und die dann aufgegriffen werden, werden von den GrenzschützerInnen ohne Anhörung oder Dokumentation wieder über die Grenze nach Mexiko zurückgebracht; Anm.d.Übers.) von Tausenden von Asylsuchenden an der Grenze zu Mexiko unverzüglich einstellen und stattdessen die rasche Aufnahme und Bearbeitung ihrer Fälle nach US-Recht erleichtern, sagte Amnesty International heute bei einem Besuch an der Grenze.

"Pushbacks verstoßen gegen das Völkerrecht. Die US-Behörden zwingen Tausende von Asylsuchenden, vor und nach ihren Asylanträgen monatelang auf der mexikanischen Seite der Grenze zu warten. Die Gerichte spielen eine entscheidende Rolle bei der Begrenzung des Machtmissbrauchs durch die US-Behörden, aber die meisten Asylsuchenden haben immer noch keinen ausreichenden Zugang zur Justiz und leiden weiterhin unter schweren Verletzungen ihrer Rechte", sagte Erika Guevara-Rosas, Americas Director bei Amnesty International.

Vom 8. bis 10. April beobachtete Amnesty International die Anhörungen von 28 Asylfällen in San Diego, bei denen 31 Erwachsene und 26 Kinder betroffen waren, die von den US-Behörden im Rahmen der Politik "Remain in Mexico" (Verbleib in Mexiko) seit Ende Januar gewaltsam nach Mexiko zurückgebracht worden waren. Während ihrer Anhörungen äußerten über 40 Prozent von ihnen proaktiv ihre Angst vor einer Rückkehr nach Mexiko.

Amnesty International stellte schwerwiegende Mängel in den Verfahren fest, die sich aus der Politik "Remain in Mexico" ergaben, darunter der weit verbreitete fehlende Zugang zu Anwälten für diejenigen, die während ihrer Verfahren gewaltsam nach Mexiko zurückgebracht worden waren. Nur in einem der von Amnesty International beobachteten Fälle hatten sich die Asylsuchenden erfolgreich eine Rechtsvertretung gesichert.

Amnesty International befragte auch acht Erwachsene und drei Kinder in Tijuana, die von den US-Behörden nach ihrem Asylantrag zwangsweise nach Mexiko zurückgebracht worden waren. Einige von ihnen äußerten Befürchtungen, dass sie in Mexiko Schaden erleiden könnten, während sie auf ihre Anhörungen warteten.



"Ich fühle mich hier nicht sicher. Alles kann passieren, weil ich Honduraner bin. Die Polizei hier ist sehr korrupt und sie stiehlt das Geld vieler Menschen", sagte Josue, ein 53-jähriger Mann aus Honduras.

Am 8. April erließ ein US-Bundesgericht eine einstweilige Verfügung, die die weitere Umsetzung von "Remain in Mexico", auch bekannt als "Migrant Protection Protocol" (Protokoll zum Schutz vor MigrantInnen), verbietet. Gemäß dieser Politik hatten die US-Behörden mehr als 1.300 Asylsuchende vor der endgültigen Entscheidung über ihre Asylanträge zwangsweise nach Mexiko zurückgeführt. Dennoch stecken Hunderte von Menschen, die immer noch in Mexiko auf ihre Gerichtsverhandlungen in den USA warten, in einer rechtlichen Vorhölle fest - und in potenziell gefährlichen Situationen.

Illegale Asyl-Warteliste im Rahmen einer US-„Dosierungs“-Richtlinie

Zusätzlich zur "Remain in Mexico"-Politik zwingen die US-amerikanischen und mexikanischen Behörden Asylsuchende auch dazu, wochen- oder monatelang auf einer illegalen Asyl-Warteliste zu warten, bevor sie Asylanträge stellen können, was einige von ihnen ihrer Aussage nach in Gefahr brachte.

Manuel, ein 29-jähriger Mann aus El Salvador, der nach einem Asylantrag zwangsweise nach Mexiko zurückgebracht worden war, sagte, dass die mexikanische Polizei ihn verhaftete und sein Geld und Telefon stahl, einen Tag bevor seine Nummer auf der illegalen Warteliste hochkam, nachdem er wochenlang in Tijuana darauf gewartet hatte, bis er an der Reihe war.

Die Warteliste wird tagsüber von einer kleinen Gruppe von Asylsuchenden und nachts von mexikanischen Behörden gehalten. Am 9. April standen in Tijuana rund 4.460 Namen auf der Liste, von denen etwa 40 bis 45 Prozent mexikanische Staatsangehörige waren, denen weder die US-amerikanischen noch die mexikanischen Beamten gesetzlich verwehren können, an der US-Grenze Asyl zu beantragen.

Indem sie Tausende mexikanischer Staatsangehöriger zwingt, wochen- oder monatelang in Mexiko zu warten, bevor sie in die Vereinigten Staaten einreisen können, um Asyl zu beantragen, verletzt die US-Regierung ihre nationalen Asylgesetze. Die mexikanische Regierung verstößt auch gegen Artikel 11 ihrer eigenen Verfassung (Gewährleistung der Freizügigkeit ihrer Bürger), indem sie mexikanische Staatsangehörige daran hindert, die Grenze zu erreichen, um Asyl zu beantragen, während beide Länder gegen ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen verstoßen.

Vom 8. bis 10. April befragte Amnesty International 15 Asylsuchende, die von einigen Stunden bis zu mehreren Monaten auf der illegalen Warteliste für Asyl gewartet hatten.

Cindy, eine 17-jährige Mutter, die im siebten Monat schwanger war, hatte in Tijuana seit über zwei Monaten darauf gewartet, an der US-Grenze einen Asylantrag zu stellen, nachdem sie vor Drohungen und Gewalt in ihrem Heimatstaat Michoacán, Mexiko, geflohen war. "Ich fühle mich unsicher und habe Angst, hier zu bleiben", sagte sie. Kurz nachdem sie geflohen war, hatte Cindy bereits Drohanrufe von ihren Aggressoren in Michoacán erhalten.

Drei transsexuelle Frauen aus El Salvador und Honduras sagten Amnesty international, sie hätten Angst, in Tijuana zu warten, bevor sie in den Vereinigten Staaten Asyl beantragten, weil die mexikanische Polizei sie zuvor angegriffen und ausgebeutet hatte.

Pamela, eine 29-jährige Trans-Frau aus El Salvador, sagte, sie habe "große Angst", in Tijuana zu warten. "Seit ich von der mexikanischen Polizei in Mexico City angegriffen wurde, würde ich mich



auch nicht sicher fühlen, zur Polizei zu gehen, wenn ich von Leuten hier in Tijuana angegriffen werden würde. Man sagt, dass Tijuana ein sehr gefährlicher Ort ist, und ich habe Angst, alleine durch die Straßen zu gehen.“

Weitere Informationen:

Stuck at the door: The urgent need for protection of Central American refugees, asylum seekers and migrants in the caravans (Research, 23 November 2018)

<https://www.amnesty.org/en/documents/amro1/9447/2018/en/>

Deutsche Version:

[Amerika: Vor verschlossener Tür](#)

Der dringende Bedarf an Schutzmaßnahmen für zentralamerikanische Flüchtlinge, Asylsuchende und MigrantInnen in den Karawanen

https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/Abgeblockt.pdf

USA: Trump's cruel plans to block people seeking protection must not stand (2 November 2018)

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/11/usa-trumps-cruel-plans-to-block-people-seeking-protection-must-not-stand/>

Deutsche Version:

[USA: Trumps's grausame Pläne, Menschen abzuwehren, die Schutz suchen, dürfen nicht umgesetzt werden](#)

Pressemitteilung, 2. November 2018

https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/Pressemeldung-Migration-2018-11-02.pdf

USA: 'You don't have any rights here' (Research, 18 October 2018)

<https://www.amnesty.org/en/latest/research/2018/10/usa-treatment-of-asylum-seekers-southern-border>

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

USA: Government must stop illegal pushbacks of asylum seekers to Mexico

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/04/usa-government-must-stop-illegal-pushbacks-of-asylum-seekers-to-mexico/>

